

ALLGEMEINES

ledge in the Sciences and Humanities. Berlin 2003 (<https://openaccess.mpg.de/Berliner-Erklarung>, abgerufen am 2.1.2018)

Müller, C. Wolfgang: Wie Helfen zum Beruf wurde: eine Methodengeschichte der Sozialarbeit. Weinheim 2006

Perl, Otto: Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit. Gotha 1926

Potthoff, Willy: Einführung in die Reformpädagogik. Von der klassischen zur aktuellen Reformpädagogik. Freiburg im Breisgau 2000

Press, Volker: Vom „Ständestaat“ zum Absolutismus. 50 Thesen zur Entwicklung des Ständewesens in Deutschland. In: Baumgart, Peter (Hrsg.): Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen. Ergebnisse einer Fachtagung. Berlin 1983, S. 319-326

Schnädelbach, Herbert: Vernunft und Geschichte. Frankfurt am Main 1987

Steinhilber, W.: Armenfürsorge und asoziale Familien. In: Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege 8/1927, S. 394

Thiersch, Hans: Die Erfahrung der Wirklichkeit. Perspektiven einer alltagsorientierten Sozialpädagogik. Weinheim und München 1986

Studie zum Programm „Land mit Zukunft“. Um die Lebensbedingungen in ländlichen Regionen zu verbessern, realisierten die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ und die Herbert Quandt-Stiftung vom Frühsommer 2015 bis Herbst 2017 in sechs nordhessischen Gemeinden das Programm „Land mit Zukunft“, das dem Bürgerschaftlichen Engagement einen besonderen Stellenwert beimisst. Begleitet wurde die Initiative vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, das in der Studie „Land mit Zukunft“ die Ergebnisse der Beobachtungen zusammenfasst. Vor allem die Kombination aus Mitbestimmung, professioneller Begleitung und Förderung sowie die weit gefasste Zweckbindung der Fördermittel erwiesen sich als hilfreich. Um die Umsetzung einzelner Vorhaben zu unterstützen, soll die Engagementförderung ausgebaut werden. Die Studie steht im Internet unter www.berlin-institut.org/publikationen/studien/land_mit_zukunft zur Lektüre bereit. *Quelle: Mitteilung des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung vom 22.2.2018*

Europäischer Dialog. Wie eine im Januar dieses Jahres veröffentlichte Studie der Sozialrechte-Organisation Humanis ergab, ist der Europäische Soziale Dialog bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach wie vor eher unbekannt. Der Sozialdialog findet hauptsächlich als dreiseitiger Dialog unter Beteiligung öffentlicher Behörden sowie als zweiseitiger Dialog zwischen europäischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbänden, branchenübergreifend und im Rahmen der Ausschüsse für den sektoralen sozialen Dialog, statt. Länderübergreifende Projekte der Sozialpartner und anderer Akteure im Bereich Arbeitsbeziehungen erhalten finanzielle Unterstützung aus den Haushaltslinien für den sozialen Dialog. Der Aufbau von Kapazitäten der Sozialpartnerorganisationen auf nationaler Ebene wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds unterstützt. Weiteres steht im Internet unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=de> und www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/der-europaeische-sozial-dialog-ist-den-meisten-arbeitern-nicht-bekannt. *Quelle: BRANDaktuell Newsletter vom 1.3.2018*

Strategien religiöser NGOs. Im Rahmen des Lise-Meitner-Programms des Wissenschaftsfonds FWF erforschte das Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien, welche Strategien muslimisch und christlich geprägte Hilfsorganisationen anwenden, um ihre Legitimität zu steigern, und wie sie den Erwartungen der Stakeholder begegnen. Konkret befasste sich das Forschungsprojekt mit den drei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Caritas, Islamische Gemeinschaft Milli Görüs und Muslime Helfen, die in verschiedenen Krisengebieten des globalen Südens humanitäre Hilfe leisten. Als empirische Grundlage dienten anonymisierte Interviews mit Akteurinnen und Akteuren dieser Organisationen,

mit Behörden in Österreich, Deutschland und Pakistan, mit den säkularen Hilfsorganisationen Rotes Kreuz und Médecins Sans Frontières und teils auch mit lokalen humanitären Organisationen, Führungskräften und der einheimischen Bevölkerung in der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa. Die drei Organisationen verfolgen durchweg das Ziel, Zugang zu den Menschen in Not zu erlangen. Die Befragten in Pakistan äußerten den Wunsch nach einem langfristigen Engagement und nach Respekt vor ihren Traditionen und ihrer Kultur. Informationen zur Studie stehen im Internet unter <http://scilog.fwf.ac.at/kultur-gesellschaft/7588/humanitaere-hilfe-mit-religiosem-hintergrund>. Quelle: Presseinformation des Wissenschaftsfonds FWF in Wien vom 12.3.2018

Anzahl der Berliner Stiftungen steigt. Nach Informationen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ist die Gesamtzahl der in Berlin bestehenden rechtsfähigen Stiftungen zum Jahreswechsel auf 931 angestiegen. Die 32 neuen Stiftungen sind in den Bereichen Bildung, Behindertenarbeit, Hospizarbeit und Krebsforschung bis hin zur Krankenversorgung, zur Völkerverständigung und zur Bewahrung des kulturellen Erbes der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin tätig. Quelle: Presseportal des Landes Berlin vom 14.2.2018

Potenzial von Bürgerhilfevereinen. Um das Engagement von Bürgerhilfevereinen zu untersuchen, analysiert das Verbundprojekt BUSLAR der Hochschulen Fulda und München die Interessen der Beteiligten und die Möglichkeiten zu deren Unterstützung mit Blick auf zwei ländliche Regionen in Osthessen und Ostbayern. In beiden Regionen werden die Auswirkungen des demografischen Wandels für ältere Menschen deutlich, darunter vor allem der Verlust des familiären und nachbarschaftlichen Zusammenhalts. Mit der Studie wurde festgestellt, dass eine optimale Versorgung aller Hilfebedürftigen durch die Bürgerhilfe nicht geleistet werden kann. Jedoch böten die Vereine Plattformen für einen lebendigen sozialen Austausch und die soziale Teilhabe. Möglich sei es, die Bürgerhilfe durch eine Neuausrichtung innerer Strukturen oder durch Genossenschaftsgründungen weiterzuentwickeln. Nähere Informationen zum Projekt finden sich auf der Homepage www.buslar.de. Quelle: BFS-Trendinfo 3.2018

Kieler Erklärung für Menschen mit Behinderungen. Am 16. und 17. Oktober 2017 trafen sich die Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern in Kiel, um über das Bundessteinhabegesetz und die Erwartungen an eine neue Bundesregierung zu diskutieren. Von dieser wird gefordert, die Inklusion und die Barrierefreiheit flächendeckend zu verwirklichen, Wahlrechtsausschlüsse abzuschaffen und die gesundheitliche Versorgung behinderter Menschen zu verbessern. Die Ergebnisse der Gespräche können in der Kieler Erklärung nachgelesen

werden, die auch als Audio-Version unter www.behinderenbeauftragte.de/SharedDocs/Downloads/DE/20171016_KielerErklaerung.html im Internet zu finden ist. Quelle: Retina aktuell 1.2018

SOZIALES

Unterstützung für langzeitarbeitslose Menschen.

Mit dem Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit und die beruflichen Perspektiven langzeitleistungsbeziehender Menschen zu verbessern, startete in Rheinland-Pfalz zu Beginn dieses Jahres das durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds geförderte Programm „Bedarfsgemeinschaftscoaching“. Der Ansatz basiert auf einer zuvor in der Westpfalzinitiative und zwei weiteren Modellprojekten erprobten Methode der aufsuchenden Arbeit, die darauf abzielt, eingefahrene familiäre Strukturen, die mit einer Abhängigkeit von staatlichen Leistungen einhergehen, aufzubrechen. Besonderes Augenmerk liegt auf der sozialen Reintegration der Betroffenen. Mehr ist hierzu im Internet unter der URL www.esf.rlp.de/esf-bibliothek/rahmenbedingungen/rahmenbedingungen-2018-2/ zu finden. Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 8.1.2018

Unterstützungsleistungen des LVR. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) unterstützte im Jahr 2016 Menschen im Rheinland in besonderen sozialen Schwierigkeiten mit insgesamt 70 Mio. Euro. Davon entfielen 48 Mio. auf die Finanzierung von Wohnheimen, 12 Mio. auf ambulante Hilfen zum Wohnen und 5 Mio. auf die Förderung von Fachberatungsstellen und Beschäftigungsprojekten. Ziel des LVR ist es, den Leistungsberechtigten ein menschenwürdiges und eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. In diesem Sinne werde man die Angebote in den nächsten Jahren in Zusammenarbeit mit den Jobcentern, den örtlichen Trägern der Sozialhilfe und den Mitgliedskörperschaften des LVR weiter ausbauen. Im Jahr 2016 bewilligte der LVR 1861 Anträge auf statinäres Wohnen, während 2 235 Personen ambulante Interventionen in Anspruch nahmen. Quelle: Mitteilung des LVR vom 27.2.2018

Berufliche Integration von ALG-II-Beziehenden.

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gestaltet sich die Arbeitsaufnahme von Beziehenden von Arbeitslosengeld II weiterhin als schwierig. In etwa der Hälfte der Fälle reiche das Einkommen nicht aus, um ohne staatliche Unterstützung zu leben. Auch zeigte sich ein starker Zusammenhang zwischen kurzen Beschäftigungsdauern und der Qualifikation. So hätten es vor allem arbeits-lose Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung schwer, eine dauerhafte Arbeit zu finden. Vier Fünftel der aufgenommenen Vollzeitjobs lagen im Niedriglohnsektor, dessen Schwelle bei 2 000 Euro brutto pro Monat angesetzt

wurde. Laut der Studie könne davon ausgegangen werden, dass die auf Zahlen aus dem Jahr 2013 basierende Untersuchung mit aktuelleren Daten ähnlich ausfallen würde. Quelle: Presseinformation des IAB vom 23.1.2018

Teilhabegesetz in Bayern. Am 17. Januar trat in Bayern das Teilhabegesetz mit entscheidenden Neuerungen für Menschen mit einer Behinderung in Kraft. Als übergreifende Ansprechpartner sind nun die Bezirke zuständig, was eine Reduzierung des bürokratischen Aufwands mit sich bringe. Der vom Bund festgelegte maximale Lohnkostenzuschuss wurde in Bayern um 20 % erhöht. Darüber hinaus können nun unabhängig von einer Verdachtsvermutung Qualitätsprüfungen bei den Einrichtungsträgern durchgeführt werden. Um ein sprachliches Zeichen zu setzen, wurden die Integrationsämter in Inklusionsämter umbenannt. Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vom 15.1.2018

Deutsche überschätzen ihre Rente. Laut Recherchen des Munich Center for the Economics of Aging (MEA) wird die Höhe der späteren Altersrente häufig überschätzt. Gezeigt habe sich jedoch auch, dass sich das Vorsorgeverhalten durch die seit dem Jahr 2005 von der Bundesregierung versandten Hinweise zu den zu erwartenden Bezügen verbessere. So seien Spareinlagen und Bruttoverdienst der Befragten nach Erhalt der

Briefe deutlich angestiegen. Eine gezielte Information von staatlicher Seite sei daher sinnvoll, um die private Altersvorsorge zu stärken. Quelle: MEA, Max-Planck-Institute for Social Law and Social Policy vom 20.2.2018

Teilhabeberatung für Menschen mit Behinderung.

Zur Stärkung behinderter oder von einer Behinderung bedrohter Menschen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte fördert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) den bundesweiten Aufbau einer Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB). Im August 2017 begann die Einrichtung der FTB (Fachstelle Teilhabeberatung). Deren Aufgaben bestehen in der Unterstützung der regionalen Beratungsangebote der EUTB, der Förderung der internen und externen Vernetzung der EUTB und der seit Februar 2018 realisierten Grundqualifizierung der Beratungskräfte. In Berlin wird die Teilhabeberatung von sieben Vereinen angeboten, darunter der Berliner Behindertenverband e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde“, das Kinder Pflege Netzwerk e.V. und der Allgemeine Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin gegr. 1874 e.V. Die Teilhabeberatung wird vom BMAS in jedem Bundesland durch die Finanzierung von Stellen im Rahmen der EUTB gefördert. Weitere Informationen finden sich auf dem barrierefreien Webportal www.teilhabeberatung.de und unter www.bbv-ev.de/neu-ab-2017-sozialberatung/. Quelle: Berliner Behinderten Zeitung Februar 2018

Es gibt viel zu tun!



282 Seiten, Kt, 2017
€ (D) 29,95/€ (A) 30,80
ISBN 978-3-8497-0209-0
auch als **eBook** erhältlich



443 Seiten, Gb, 2017
€ (D) 84,-/€ (A) 86,40
ISBN 978-3-8497-0192-5
auch als **eBook** erhältlich



234 Seiten, Kt, 2015
€ (D) 29,95/€ (A) 30,80
ISBN 978-3-8497-0019-5

Carl-Auer Verlag

Auf www.carl-auer.de bestellt – deutschlandweit portofrei geliefert!

Unsere **eBooks** finden Sie hier: www.carl-auer.de/ebooks

GESUNDHEIT

Primäre Gesundheitsversorgung in Europa. Am 2. März dieses Jahres veröffentlichte die EU-Expertengruppe zur „Leistungsbewertung der Gesundheitssysteme“ den englischsprachigen Bericht „A new drive for primary care in Europe: rethinking the assessment tools and methodologies“ (Neue Impulse für die primäre Gesundheitsversorgung in Europa: Ein Überdenken der Bewertungsinstrumente und -methoden). Aufgegriffen werden Erkenntnisse eines Expertengremiums zu den Methoden der Leistungsbewertung sowie Ergebnisse einer Studie zu nationalen Erfahrungen mit der Bewertung der primären Gesundheitsversorgung. Darüber hinaus finden sich hier Beobachtungen zu den politischen Auswirkungen der Leistungsbewertung. Wichtig sei es, diese deutlich voranzubringen, wobei deren Komplexität und politischer Umsetzung Rechnung getragen werden müsse. Zum Download des kompletten Berichts geht es unter http://ec.europa.eu/newsroom/sante/newsletter-specific-archive-issue.cfm?newsletter_service_id=327&newsletter_issue_id=7571&page=1&fullDate=Sat%2003%20Feb%202018&lang=default. Quelle: Mitteilung der Europäischen Kommission vom 2.3.2018

Das neue Pflegetagebuch. Selbsteinschätzung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Von Florian Schönberg, Hrsg. Sozialverband Deutschland e.V. Selbstverlag, Berlin 2017, 116 S., kostenlos *DZI-E-1629* Dieser Ratgeber bietet unter Berücksichtigung der veränderten Gesetzeslage Hilfestellung bei der Vorbereitung auf eine professionelle Pflegebegutachtung. Zunächst werden einige Fragen zur Pflegebedürftigkeit und zum Pflegetagebuch beantwortet, um dann verschiedene Leistungen der Pflegekasse zu beschreiben wie beispielsweise das Pflegegeld, die Tages- und Nachtpflege, die Kurzzeitpflege und Angebote zur Unterstützung im Alltag. Im Weiteren folgen Ausführungen zu den Kriterien der Beurteilung und zur Errechnung des Pflegegrads. Der eigentliche Tagebuchteil bietet Tipps zur Selbsteinschätzung in Bereichen wie unter anderem der Mobilität, der kognitiven und kommunikativen Fähigkeiten, der Selbstversorgung sowie der Gestaltung des Tagesablaufs und der sozialen Kontakte. Ein Verzeichnis der Anschriften des Sozialverbands SoVD in einzelnen Bundesländern erleichtert die Suche nach Anlaufstellen vor Ort. Zum Download geht es unter www.sovd.de/pflegetagebuch. Bestellanschrift: Sozialverband Deutschland e.V., Straßauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22-0, Internet: www.sovd.de

Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz. Mit dem Projekt „Gesundheitsteams vor Ort“ unterstützt das Land Rheinland-Pfalz gesundheitsfördernde Maßnahmen in einzelnen Stadtteilen. Neben entsprechenden Programmen in der Mainzer Neustadt und in Trier Nord startet nun mit Ludwigshafen die dritte Initiative,

für die vom Landesgesundheitsministerium 19 000 Euro bewilligt wurden. Die Mittel sind vorgesehen für Gesundheitsangebote für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, für Familien, Alleinerziehende und Alleinlebende sowie für Kinder und Jugendliche. Diese werden beispielsweise durch Elternberatung, Tanzkurse und Möglichkeiten zum sportlichen Training unterstützt. Bei den jüngeren Menschen soll neben der Gesundheit auch die soziale Entwicklung gefördert werden. Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 1.3.2018

Telefondienst für hörgeschädigte Menschen. Der kostenfreie Relay-Dienst TESS bietet gehörlosen und stark hörgeschädigten Menschen eine technische Innovation, um telefonisch zu kommunizieren. Zur Verfügung steht die schriftsprachliche Variante TeScrip, die wie ein Chat funktioniert, sowie die Möglichkeit, als schwerhöriger Mensch zu einem gut hörenden Teilnehmenden zu sprechen und die Antworten in Gebärdensprache oder Schriftsprache übersetzen zu lassen. Eine unter der Kategorie Kommunikation im Google Play Store oder im App Store unter soziale Netze zu findende TESS-App kann kostenlos auf das Smartphone oder Tablet heruntergeladen werden. Quelle: SVB Nachrichten 1.2018

JUGEND UND FAMILIE

Fachtag zur Geschlechtergerechtigkeit. Die sächsische Landeshauptstadt Dresden hat eine Dokumentation zu den im Jahr 2016 realisierten Fachtagen „Zukunftsplanung ohne Geschlechterklischees“ sowie „Geschlechtergerechte Berufsorientierung – (k)ein Bildungsauftrag für die Schule!?” veröffentlicht. Diese Veranstaltungen richteten sich insbesondere an die Zielgruppe der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie an Lehrkräfte in Schulen. Die 80-seitige Broschüre mit ihrer Bestandsaufnahme der Workshops und Vorträge der beiden Fachtage ist im Internet unter der Anschrift www.dresden.de/media/pdf/gleichstellung/DokumentationBO_2016.pdf abrufbar. Quelle: Städetag aktuell 1.2018

Pädagogische Arbeit in Mutter/Vater-und-Kind-Einrichtungen. Partizipation – Gestaltungsmöglichkeiten – Leistungsangebote. Hrsg. Björn Hagen. Evangelischer Erziehungsverband. Selbstverlag. Hannover 2017, 104 S., EUR 10,50 *DZI-E-1928*

Als ein Arrangement der stationären Jugendhilfe eröffnen Mutter/Vater-und-Kind-Einrichtungen schwangeren Mädchen und Frauen sowie Eltern in Krisensituationen und deren Kindern eine ganztägige Betreuung durch sozial-pädagogische Fachkräfte mit dem Ziel, Kindeswohlgefährdungen zu erkennen, zu dokumentieren und gegebenenfalls zu intervenieren. Diese Broschüre präsentiert zunächst die Ergebnisse eines World-Cafés und einer Mitarbeiterbefragung zum Thema Partizipation. Daran anknüpfend wird die Gesprächsform des „Reflektierenden

Teams“ als systemischer Ansatz der kollegialen Beratung vorgestellt. Im zweiten Teil der Handreichung folgen Beobachtungen der Mutter/Vater/Kind-Arbeit aus unterschiedlichen Perspektiven. Im Einzelnen handelt es sich um einen Bericht über eine Ferienfreizeit, um Betrachtungen zur Förderung der kindlichen motorischen Entwicklung und um einen Beitrag zur Arbeit mit kognitiv beeinträchtigten Eltern. Außerdem geht es hier um ehrenamtliche Patenschaften, um das Konzept der „Neuen Autorität“ und um die besondere Zielgruppe der Väter in Mutter-Kind-Einrichtungen. Die Darstellung wird durch Kurzporträts entsprechender Angebote in einzelnen Bundesländern vervollständigt. Bestellanschrift: Evangelischer Erziehungsverband, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-0, Internet: www.erev.de

Zuschüsse für Familienerholung. Im Zuge des Wechsels der Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein wurden in beiden Bundesländern die zuvor gestrichenen Zuschüsse zum Erholungsurwahl für finanziell benachteiligte Familien wieder eingeführt. Die Kriterien für eine Beantragung sind auf der Internetseite www.bag-familienerholung.de/zuschuesse-und-preise/zusammengestellt. Auf der Internetseite kann über ein Rechenprogramm ermittelt werden, ob eine Ermäßigungsberechtigung vorliegt. Förderfähige Urlaubsangebote der Kolping-Familienferienstätten können unter der Web-Anschrift www.kolping-familienurlaub.de eingesehen werden. Quelle: Kolping magazin 1.2018

Bedeutung der Achtsamkeit für die kindliche Entwicklung. Im Auftrag der Bepanthen-Kinderförderung führte die Universität Bielefeld die Studie „Achtsamkeit in Deutschland: Kommen unsere Kinder zu kurz?“ durch. Mittels der Befragung von 1083 sechs- bis 16-jährigen Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern in Berlin, Leipzig und Köln und 20 standardisierten Face-to-Face-Interviews wurde der Einfluss der elterlichen Achtsamkeit auf das psychische Wohl des Kindes untersucht. Nahezu ein Drittel der Kinder und jeder fünfte Jugendliche fühlte sich von den Eltern nicht oder zu wenig beachtet, was zu Defiziten im Selbstbewusstsein, beim Vertrauen, der Lebenszufriedenheit und der Empathiefähigkeit führe. Herausgestellt habe sich auch, dass die Achtsamkeit nicht vom sozialen Status oder der ökonomischen Situation der Familie abhänge. Sowohl Kinder als auch Eltern äußerten den Wunsch nach mehr gemeinsamer Zeit. Die Studie steht unter der Anschrift kinderfuerderung.bepanthen.de/static/documents/Achtsamkeitsstudie%202017_PK.pdf im Internet. Quelle: Kinderschutz Aktuell 1.2018

Förderprogramm für Jugendwohnungen. Nach einer Fürsprache des Vertreters der Bayerischen Staatsregierung im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit stellt diese ab diesem Jahr erneut jährlich 25 Mio. Euro für die Förderung von Jugendwohnheimen zur Ver-

25.4.2018 Berlin. Vortrag und Diskussion im Rahmen der Berliner Stiftungswoche: Ein Haus gibt Hoffnung. Gegen die Not wohnungsloser Frauen in Berlin-Mitte. Information: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01 11, E-Mail: sozialinfo@dzi.de

27.-28.4.2018 Hamburg. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA): Demokratie und Soziale Arbeit – Teilhabe, Solidarität und bürgerschaftliche Identifikation in einer pluralen Gesellschaft. Information: DGSA, Postfach 1129, Schloßstraße 23, 74370 Sersheim, Tel.: 070 42/39 48, E-Mail: dgsa@dgsainfo.de

8.5.2018 Hannover. 2. Niedersächsischer Demenzkongress: Umdenken im Kopf – Perspektiven und Chancen. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/38 8118 90, E-Mail: veranstaltungen@gesundheit-nds.net

15.5.2018 Berlin. Kongress: ASD in Not – Soziale Arbeit in strukturellen Zwängen. Information: Deutsche Kinderhilfe e.V., Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin, Tel.: 030/24 34 29 40, E-Mail: mail@kindervertreter.de

15.-17.5.2018 Stuttgart. 81. Deutscher Fürsorgetag. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 0-0, E-Mail: info@deutscher-fuersorgetag.de

16.5.2018 Luzern/Schweiz. Luzerner Tagung zum Kindes- und Erwachsenenschutz. Information: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Werftestrasse 1, Postfach 2945, 6002 Luzern/Schweiz, Tel.: 00 41/793 13 90 09, E-Mail: daniel.rosch@hslu.ch

24.-27.5.2018 Holzminden. Tagung: Zivilgesellschaftliches Engagement in ländlichen Räumen aus der Perspektive Sozialer Arbeit. Information: Zukunftszentrum Holzminden/Höxter, Standortbüro Holzminden, Prof. Dr. Alexandra Engel, Haarmannplatz 3, 37603 Holzminden, Tel.: 055 31/12 61 92, E-Mail: alexandra.engel@hawk.de

11.-12.6.2018 Dresden. Deutscher Präventionstag: Gewalt und Radikalität – Aktuelle Herausforderungen für die Prävention. Information: DPT – Deutscher Präventionstag, Siebstraße 4, 30171 Hannover, Tel.: 05 11/235 49-49, E-Mail: dpt-team@praeventionstag.de

12.6.2018 Berlin. Workshop für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter: Konflikte mit Patienten, Angehörigen und im interdisziplinären Team besser meistern. Information: Rehazentrum Westend, Rehabüro, Epiphanienweg 6, 14059 Berlin, Tel.: 030/30 67 82 00, E-Mail: info@rehab-westend.de

fügung, womit junge Menschen unterstützt werden, die auf Wohnung und Betreuung in der Fremde angewiesen sind. Das Kolping-Bildungswerk begrüßte diese Entscheidung und wies zugleich darauf hin, dass die Vergaberichtlinien zu rigide gewesen seien. Im Vorläuferprogramm konnten viele Jugendwohnheime trotz dringendem Sanierungsbedarf die Mittel nicht abrufen, da die finanzielle Eigenleistung nicht aus eigener Kraft erbracht werden konnte. Quelle: *Idee & Tat 1.2018*

AUSBILDUNG UND BERUF

BIBB-Kongress in Berlin. Unter dem Motto „Für die Zukunft lernen: Berufsbildung von morgen – Innovativen erleben“ findet am 7. und 8. Juni 2018 in Berlin der Kongress des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) statt, zu dem knapp 1 000 Berufsbildungsexpertinnen und -experten aus dem In- und Ausland erwartet werden. Auf dem Programm stehen Themen wie die Digitalisierung, die zukünftigen Entwicklungen der Berufsbildung und die Gestaltungskonzepte für die Praxis. Insbesondere geht es um die duale Berufsausbildung, die Migration sowie die Gesundheit und Pflege. Anmeldungen werden bis zum 23. Mai 2018 unter <https://kongress2018.bibb.de/anmeldung/register> entgegengenommen. Quelle: Pressemitteilung des BIBB vom 5.3.2018

Beiträge für Fachtagung zum Straßenrap gesucht. Für eine für den 21. und 22. Juni 2018 in Frankfurt am Main geplante Fachtagung zum Gangster- oder Straßen-Rap sucht die SRH Hochschule Heidelberg noch Vortragsvorschläge in Form von Abstracts mit maximal 500 Zeichen. Willkommen sind vor allem Beiträge und Präsentationen mit einer leibphänomenologischen Perspektive, die sich der Bedeutung des Körpers für den Straßenrap und für die Disziplin der Sozialen Arbeit mit Bezug zu ästhetischen Projekten widmen. Aufgrund teils sexistischer, antisemitischer und homophober Tendenzen war der Straßenrap in den vergangenen Jahren verstärkt Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Die Abstracts können unter der E-Mail-Anschrift katrin.feldermann@srh.de eingereicht werden. Quelle: Pressemitteilung der SRH Hochschule Heidelberg vom 28.2.2018

Qualifizierungsprojekt für Strafgefangene. Nach dem Vorbild des „Prison Entrepreneurship Programme“ in Texas/USA wurde in Bayern das Projekt „Leonhard – Unternehmertum für Gefangene“ ins Leben gerufen, das die beruflichen Perspektiven inhaftierter Menschen durch eine wirtschaftliche Qualifizierung verbessern möchte. Bewerben können sich Häftlinge aus allen 36 Justizvollzugsanstalten des Bundeslandes. Das Programm beinhaltet eine Vermittlung unternehmerischer Fähigkeiten, Hilfe bei der Arbeitssuche und eine Begleitung durch ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren bei der Unternehmensgründung. Am Ende des 20-wöchigen Unterrichts legen die Teilnehmenden die Prüfung zum „Innovation

& Business Creation Specialist“ ab, worauf sie mit einem Bachelor-of-Arts-Studium aufbauen können. Die Rückfallquote der Teilnehmenden liegt mit 11 % weit unter dem Bundesdurchschnitt von 48 %. Ausführlicheres steht im Internet unter www.leonhard.eu. Quelle: *Sozialcourage Frühling 2018*

Ethik in Pflegeeinrichtungen. Mithilfe einer Förderung durch Mittel der Glücksspirale hat der Diözesan-Caritasverband Freiburg die 20-seitige Broschüre „Orientierungshilfe für ethisch fundierte Entscheidungen in Pflegeeinrichtungen“ herausgebracht. Diese zeigt Pflegenden und Angehörigen anhand von zahlreichen Fallbeispielen auf, wie ethische Fragen beantwortet und Probleme gelöst werden können. Eingegangen wird auf die Prinzipien der Gerechtigkeit, der positiven Fürsorge und der Selbstbestimmung sowie auf das Nichtschadensprinzip, wobei die Handhabung moralischer Dilemmata entlang von sieben Schritten einer Fallbesprechung erläutert wird. Die Broschüre ist auf der Website www.dicvfreiburg.caritas.de/service/download im Internet hinterlegt. Quelle: *PflegeLeben 1.2018*

Materialien für die Personalbefragung. Um eine Entscheidungsgrundlage für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bereitzustellen, hat die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) eine Personalbefragung zur psychischen Belastung und Beanspruchung entwickelt, die sich für die Anwendung in der Alten- und Krankenpflege, in stationären Wohnbereichen der Behindertenhilfe und in Werkstätten für behinderte Menschen eignet. Untersucht werden die Arbeitsbelastungen, die Arbeitsorganisation, das soziale Arbeitsumfeld sowie die außerberufliche Situation und das individuelle Befinden der Pflege- und Betreuungskräfte. Die Fragebögen und weitere Informationen können im Internet unter www.bgw-online.de/DE/Arbeits-sicherheit-Gesundheitsschutz/Organisationsberatung/Personalbefragung.html abgerufen werden. Quelle: *BGW-mitteilungen 1.2018*